

Jenseits des „Entweder-Oder“ – Internet als konventioneller Teil der Demokratie

Mundo Yang (Berlin)

Zusammenfassung

Auch Jahre nach der Einführung des Internets diskutieren weite Teile der Sozialwissenschaften den Zusammenhang zwischen Internet und Demokratie entlang der Extreme von Euphorie und Skepsis. In diesem Beitrag möchte ich versuchen, einen Ausweg aus dieser „Entweder-Oder“-Debatte aufzuzeigen, indem ich auf eine Metapher von Jürgen Habermas zurückgreife und das Internet als konventionellen Bestandteil des politischen Medientheaters begreife. Dabei greife ich auf die empirischen Ergebnisse einer Studie über mediale Diskurse zum Thema Genfood zurück. Für diesen begrenzten empirischen Ausschnitt lässt sich feststellen, dass das Internet nur partiell zu mehr Demokratie führt. Es demokratisiert die Hinterbühne der politischen Öffentlichkeit – nicht mehr und nicht weniger.

1 Die Verselbständigung eines Diskurses

Die Frage danach, ob das Internet nun der Demokratie Freund oder Feind sei, ist nach wie vor die vorherrschende Denkfolie in politikwissenschaftlichen Debatten über die Folgen dieses Bündels neuer Medien für die Politik. Auch nachdem sich das Internet im vergangenen Jahrzehnt gesellschaftlich etabliert hat, verlässt das politikwissenschaftliche Denken die ausgetretenen Argumentationswege dieses Diskurses nicht.

Diese merkwürdige Verselbständigung hängt sicher auch damit zusammen, dass sich der Diskurs um Internet und Demokratie vorzüglich in eine allgemein verbreitete Rahmung einpasst, die man in verschiedenen anderen Wissenschaftsdisziplinen aber vor allem auch in der täglichen Berichterstattung der ‚alten‘ Medien wieder findet. Neben anderen hat Schönberger (2000) in dieser Hinsicht schon vor längerem einen latenten Technikdeterminismus ausgemacht, der teilweise sogar für die Gesellschaft im Ganzen suggeriert, das Internet werde zwangsläufig entweder positive oder negative Effekte zeitigen. Das Internet wird als ein technisches Potential konstruiert, dessen logisch angelegte Struktur sich kausal und gesamtgesellschaftlich entfalten muss. Dementsprechend bilden sich stets zwei Lager heraus. Die Technikskeptizisten schlagen mit Verweis auf digital divide, Internetsucht, Kinderpornographie und Rechtsextremismus Alarm. Die Technikeuphoriker hingegen vermögen nur Pioniergeist, Chancen und Fortschritt zu sehen. Der Diskurs um das Internet als Freund oder Feind der Demokratie scheint also ein Unteraspekt dieser allgemeinen technizistischen Perspektive zu sein.

Schönbergers Kritik an dem zugrunde liegenden Technikdeterminismus und vor allem dem überbordenden Kausaldenken ist Recht zu geben. Meine Kritik geht in eine ähnliche Richtung. Sie setzt dabei an der Beobachterposition der Sozialwissenschaftler an. Wenn es um das Internet geht, wird zu häufig aus einer Makroperspektive und ex post argumentiert. So wird einerseits einer (Ent-)Demokratisierung durch das Internet mit der Begründung das Wort ge-

redet, dass Ähnliches – makrohistorisch gesehen – schon bei der Einführung des Buchdrucks oder von Rundfunk und Fernsehen der Fall gewesen sei. Dabei bleibt meist unterschlagen, dass auf eine erfolgreiche Einführung eines Mediums unzählige Fehlschläge und marginal gebliebene Techniken kommen.¹ Oder es wird anhand selektiver aktueller empirischer Anzeichen eine durch das Internet (ent-)demokratisierte Zukunft projiziert, sodass gegenwartsbezogene Einwände wie Widerstand gegen die Geschichte anmuten.

Dass bei diesen Makroüberlegungen der Kontakt zum konkreten sozialen Handeln in der Gegenwart verloren geht, zeigt sich, wenn man mit den vermeintlichen Hoffnungsträgern einer Demokratisierung durch das Internet selbst spricht, also z.B. Vertreter der Zivilgesellschaft über deren Sicht auf das Internet befragt.² Diesen erscheinen häufig die akademischen Auseinandersetzungen über die Demokratieförderlichkeit des Internets abgehoben und praxisfern.

Dies kann man an drei Punkten verdeutlichen. Zum einen ist das Internet so konventionell geworden, dass ein Diskurs – wie in den Gründertagen – über das Für und Wider seiner bloßen Existenz kaum noch Sinn macht. Warum sollte man im 21. Jahrhundert noch darüber diskutieren, wie die Arbeit einer zivilgesellschaftlichen Assoziation aussehen *würde*, wenn das Internet nicht eingeführt worden *wäre*? Zum anderen bewirkt diese Konventionalität, dass ein konkurrierender Vergleich von Internet und herkömmlichen Massenmedien altmodisch wirkt. Aus Sicht einer zivilgesellschaftlichen Assoziation, die natürlich Webseite *und* Verbandszeitschrift, Email *und* Telefon hat, erscheint es nicht zu Unrecht merkwürdig, dass Wissenschaftler immer noch Internet *versus* andere Medien diskutieren. Stattdessen stellt sich für Praktiker die Frage, welcher Medienmix der geeignete ist. Schließlich wird das Internet nicht mehr als verheißungsvolles technisches Instrument aufgefasst, das einen unidirektionalen Kausaleffekt entweder in Richtung mehr, weniger oder gleichwenig Demokratie hat. Stattdessen wird es als sozial wandelbares Medium begriffen, das in unterschiedlichen Teilbereichen der Öffentlichkeit unterschiedliche Effekte und zwar in Abhängigkeit der jeweils sozial gegebenen Situationsdefinition zeitigt (vgl. Carstensen 2006).

Aus dieser Kritik speist sich nun mein Anliegen, nämlich die Suche nach einem Ausweg aus diesem „Entweder-Oder“-Diskurs über die Auswirkungen des Internets auf die Demokratie. Dabei gehe ich im Folgenden wie folgt vor. Zunächst rekapituliere ich erstens die Grundmerkmale dieser Debatte. Im Wesentlichen besteht sie aus nur drei Argumentationen, welche zwei Standpunkten, nämlich Internet-Skepsis und -Euphorie, zugeordnet werden können. Anschließend rekapituliere ich zweitens die Ergebnisse einer kürzlich veröffentlichten empirischen Studie (Rucht et al. 2008), an deren Erstellung neben meiner Person Dieter Rucht und Ann Zimmermann beteiligt waren. Mit Hilfe dieser Befunde möchte ich drittens einen theoretischen Weg aus der Sackgasse des Diskurses über Internet und Demokratie grob umreißen. Dabei deutet sich an, dass das Internet eine Hilfestellung dafür bietet, die Hinterbühne der

¹ Man denke nur an den Schriftdruck der Chinesen oder an die wenig beachtete Existenz von CB-Funk, Piraten-Radios und dem via Fernsehen organisierten Teledialogen (TED).

² Hierbei greife ich auf persönliche Erfahrungen in verschiedenen zivilgesellschaftlichen Kontexten zurück. So stellte ich z.B. als Praktikant beim Deutschen Initiativkreis zum Verbot von Landminen fest, dass die Aktivist*innen selbst das Internet keineswegs für so ausschlaggebend hielten wie der akademische Diskurs, der eben diese Kampagne häufig als Paradebeispiel für eine Email-gestützte Kampagne nannte.

politischen Öffentlichkeit zu demokratisieren. Das Potential des Internets ist nicht kleiner, aber eben auch nicht sehr viel größer.

2 Entweder Freund oder Feind der Demokratie

Die „Entweder-Oder“-Debatte prägt die sozialwissenschaftliche Sicht auf das Internet seit seinen Anfängen, also seit mehr als einem Vierteljahrhundert. Verlauf und Ausprägung dieser Debatte brauchen an dieser Stelle nicht im Einzelnen dargestellt zu werden. Stattdessen möchte ich Ann Zimmermanns (2007: 169f; Rucht et al. 2008) treffliche Zusammenfassung der argumentativen Struktur dieses Diskurses kurz wiedergeben. Sie unterscheidet zwei Positionen, nämlich Utopisten, Optimisten bzw. Euphoriker und Dystopisten, Pessimisten bzw. Skeptiker. Beide Seiten tauschen nun im Wesentlichen immer wieder drei Argumentationen – in Zimmermanns Worten: Theoreme – aus. Die Euphoriker argumentieren erstens im Demokratisierungstheorem, dass das Internet die Gesellschaft demokratisieren werde, weil es die Qualität und Quantität politischer Partizipation erhöhen werde. War vormals die Öffentlichkeit dominiert durch den Einfluss von Politik und Wirtschaft auf die Massenmedien und somit vermachtet, eröffne sich im Internet ein Raum für freie Diskurse der Zivilgesellschaft. Demgegenüber wenden Skeptiker ein, dass durch das Internet bloß die bestehenden politischen Ungleichgewichte und Demokratisierungshemmnisse auf eine neue Stufe gestellt würden. Das Reproduktionstheorem geht also davon aus, dass das Internet nicht zu mehr Demokratie führen werde, weil sich der status quo letztlich wiederherstellt. Hat das Internet aber keinen Demokratisierungseffekt, lohnt seine Erforschung in dieser Hinsicht nicht weiter. Ähnlich skeptisch ist das Potenzierungstheorem, dass jedoch im Gegensatz zum Reproduktionstheorem dem Internet Wirkmächtigkeit zuschreibt, indem es argumentiert, dass das Internet die Schere – Stichwort digital divide – zwischen Teilhabenden und Abgehängten in der Demokratie noch weiter öffnen werde. Der Grund ist, dass das Internet z.B. mit Kosten verbunden ist und einen gewissen Bildungsstand voraussetzt. Es befördere also jene Bevölkerungsschichten einseitig, die jetzt schon besseren Zugang zum politischen Geschehen haben. Eine ähnlich gelagerte Befürchtung ist, dass die Offenheit des Internet dazu führt, dass bestimmte Gruppen sich weiter aus der allgemeinen, massenmedialen Öffentlichkeit zurückziehen und somit Probleme von Fragmentierung und Polarisierung in der Demokratie noch intensiviert werden.

Überraschend ist nun die Stabilität dieser Diskursstruktur. Zimmermann stellt zwar fest, dass Schärfe und Polarisierung in der Debatte abgenommen haben. Allerdings prägt das einfache Koordinatensystem zwischen dem Entweder einer Utopie und dem Oder eines Alptraums bis heute die Debatte um den Zusammenhang zwischen Internet und Demokratie (vgl. z.B. Leggewie/ Bieber 2003). Dies überrascht vor allen Dingen auch deshalb, weil eine solche Perspektive außerhalb der Politikwissenschaft als eine soziale Konstruktion entschlüsselt wird und damit zunehmend an Boden verliert (vgl. Schönberger 2000; Carstensen 2006).

3 Diskurse über Genfood

Statt nun den Weg aus diesem diskursiven Gefängnis, aus der Endlosschleife der immer selben Pro- und Contra-Argumente durch eine rein theoretische Erörterung zu konstruieren, möchte ich im Folgenden einen Rekurs auf die empirische Studie vornehmen, die ich zusammen mit Dieter Rucht und Ann Zimmermann durchgeführt habe. Weil unser Anspruch bei dieser Studie war, die drei Theoreme einer kritischen empirischen Überprüfung zu unterzie-

hen, treten bei den empirischen Ergebnissen die Schwachstellen des bisherigen Diskurses deutlich hervor. In Auseinandersetzung mit diesen Problemen gelange ich auf diesem Wege schließlich zu meiner theoretischen Reformulierung der bisherigen Debatte.

Die Anlage der Studie bestand vorrangig in einem konkurrierenden Vergleich zwischen Internet-Angeboten und Printmedien-Erzeugnissen. Die Erhebung erfolgte themenzentriert. In den Blick nahmen wir Ende Mai bis Anfang August 2004 den Diskurs um Genfood in Deutschland. Methodisch gesehen, nahmen wir die Werte eines durchschnittlichen Nutzers ein und stellten nun online und offline erhobene Medienerzeugnisse gegenüber, um erörtern zu können, welche komparativen Vorteile das Internet in der Breite bietet. Zugrunde lagen dabei die in der Debatte gängigen Indikatoren für demokratieförderliche oder -schädliche Tendenzen, zum Beispiel die Breite repräsentierter Themen, Positionen und Akteure (insbesondere der Zivilgesellschaft) oder die Reziprozität der Diskurse. Ohne an dieser Stelle die einzelnen methodischen Schritte und die dabei notwendigen Beschränkungen und Selektionen erläutern zu können (siehe Rucht, Yang, Zimmermann 2008: 65ff), sollten doch einige wesentliche Merkmale des Materials beschrieben werden. Dabei möchte ich mich allein auf unsere inhaltsanalytische Auswertung von Texten beschränken. Wir verglichen dabei den Inhalt von 119 Internet-Texten aus der mit Abstand am häufigsten verwendeten Internetsuchmaschine, Google sowie 148 Artikel aus Tageszeitungen Bild, FAZ, FR, SZ, TAZ, Welt und den Wochenzeitschriften Spiegel und Zeit zum Thema Genfood. Die Inhalte dieser Dokumente wurden anschließend nach einem einheitlichen Schema analysiert und statistisch ausgewertet. Vorbild waren einschlägige inhaltsanalytische Studien (vgl. Koopmans/ Statham 1999; Ferree et al. 2002). Eruiert wurde unter anderem, welche Akteure, mit Hilfe welcher Deutungsmuster, Thematisierungen und Positionierungen das Thema Genfood öffentlich und politisch erörterten.

Die Ergebnisse lassen sich nun am einfachsten entlang der drei Theoreme wiedergegeben. Die Vermutung einer Demokratisierung durch das Internet bestätigten unsere Befunde erstens auf schwachem Niveau. Die Stimme der Zivilgesellschaft und ressourcenschwacher Akteure ist im Internet tatsächlich etwas stärker im Vergleich zu den Printmedien. Insbesondere die Genfood gegenüber kritische Zivilgesellschaft hat online die Diskurshoheit, wohingegen ihre Kritik in den Zeitungen weniger ausgeprägt ist.

Allerdings sollte dieser Befund nicht überbewertet werden. Wenn man nämlich tiefer in die Struktur von Internet-Texten und Zeitungsartikeln schaut, stellt man erstaunlicher Weise fest, dass es im Grunde keine großen Unterschiede gibt. Damit wird zweitens auch das Reproduktionstheorem bestätigt. In beiden Bereichen werden in etwa dieselben Themen, Akteure und Positionen für wichtig erachtet. So kommen staatliche Institutionen und Behörden auch in Internet-Texten mit am häufigsten zu Wort. Zudem ähneln sich Zeitungsartikel und Internet-Texte hinsichtlich der Beziehung, die zum Rezipienten hergestellt wird. Statt zu Partizipation aufzufordern, z.B. zu Protestmobilisierung aufzurufen, wird vorwiegend sachorientiert informiert.

Der interessante Punkt ist nun, dass sich drittens auch empirische Argumente für das Intensivierungstheorem finden lassen. Viele Internet-Texte lassen sich auf Anrieb nur von Experten verstehen. Sie sind nicht in einer allgemein verständlichen Sprache abgefasst. Das könnte die Kluft zwischen Wissenden und Unwissenden noch vergrößern. Hinzukommt, dass Internet-Texte häufiger einseitig für oder gegen Genfood gerichtet sind, ohne sich auf die Gegenseite

zu beziehen. Der Eindruck entsteht, dass die Einbeziehung des Andersdenkenden auf der Strecke bleibt.

Erfahrene Empiriker mag diese komplizierte Konstellation der empirischen Befunde – die wir vor allem zur Falsifikation überschießender Internet-Euphorie nutzten – wohl nicht überraschen. Wieder einmal erhärtet sich, dass sich die beobachtbare soziale Realität selten den klaren Kategorien des wissenschaftlichen Diskurses beugt. Aber anhand dieser – ganz sicher – sehr begrenzten Ergebnisse wird auch deutlich, worin sich die Stabilität des „Entweder-Oder“-Diskurses gründet. Jede Argumentation findet in der sozialen Realität des Internets partielle Bestätigung. Keine wird dabei endgültig ausgeräumt und somit gelingt es keiner Seite, den Diskurs für sich zu entscheiden. Aber deshalb gestaltet sich der Diskurs um Internet und Demokratie als *perpetuum mobile*. Er läuft beständig im Kreis. Ein Ende ist nicht absehbar, denn jede der Positionen hat ein wenig Recht.

4 Das Internet als konventioneller Bestandteil demokratischer Öffentlichkeit

Nun sind auf Dauerdissens basierende Diskurse nichts per se Schlechtes. Man denke nur an andere demokratietheoretische Debatten, in denen z.B. seit über zwei tausend Jahren Fragen nach mehr oder weniger, indirekter oder direkter Partizipation usw. aufs Heftigste diskutiert werden. Die herkömmliche Debatte um Internet und Demokratie braucht also nicht beendet zu werden. Meine Kritik ist vielmehr auf der Ebene von Metakommunikation angesiedelt. Statt zu behaupten, die Debatte sei zugunsten der einen oder anderen Seite zu entscheiden und daher auch zu beenden, weise ich auf bestimmte Probleme hin, die durch die Art und Weise entstehen, wie dieser Diskurs geführt wird. Die herkömmliche Debatte hat in übermäßiger Weise eine zentripetale Kraft entwickelt, der sich kaum ein Forscher entziehen kann. Es scheint, als müsse jede Forschungsarbeit das Internet wegen seiner demokratischen Wirkung – in toto – feiern oder fürchten. Damit verengt sich aber der Problemhorizont und neue Forschungsperspektiven bleiben verschlossen. Diese braucht es allerdings, weil die bisherige Debatte aus drei Gründen zu kurz greift.

Es ist erstens notwendig, die herkömmliche Debatte um Internet und Demokratie um neue Diskursfelder zu erweitern, weil sie auf sich allein gestellt nicht mehr zeitgemäß ist. Ihren Ursprung hatte sie in einer Zeit, in der das Internet ein kleines, relativ unbekanntes, avantgardistisches Potential darstellte, zu dem man sich ablehnend oder befürwortend verhalten konnte. Heute allerdings kann man nicht mehr „Ja“ oder „Nein“ zum Internet sagen. Seit den späten 1990er Jahren hat es sich in fast allen OECD-Ländern zum Massenmedium entwickelt und in Deutschland wird es mittelfristig so verbreitet sein wie Fernsehen und Radio (Eimeren/Frees 2005). Das Internet ist also längst zu einem sehr heterogenen Bündel konventioneller Anwendungen geworden, auf das kaum noch ein politischer Akteur, mag er noch sehr im zivilgesellschaftlichen Untergrund operieren, verzichtet. Daher macht es einfach keinen Sinn mehr, den Zusammenhang zwischen Internet und Demokratie so zu diskutieren, als könnte eine soziale Realität ohne Internet als Vergleichsmaßstab dienen. In der Gründerzeit dieser Medientechnologie stand man noch vor der Weggabelung, bei der man zu Recht *Potentiale* identifizierte und fragte, inwieweit eine vom Internet durchdrungene Gesellschaft zur Linken mehr oder weniger Demokratie bringen würde, vergliche man sie mit der Weiterführung des status quo zur Rechten. Heute gilt es hingegen zu fragen, welche demokratieförderlichen oder -feindlichen Potentiale unterschiedlicher Internetanwendungen in einer – de facto und unum-

kehrbar – vom Internet geprägten Gesellschaft jeweils *realisiert* werden. Damit wird die Gesamtfrage nach dem Zusammenhang von Internet und Demokratie nicht obsolet. Die agency geht aber weg von der Variable „Internet einführen oder nicht“ und hin zu den vielfältigen sozialen Handlungen, die im Internet vollzogen werden. Die Frage ist dann, inwieweit bestimmte internetgestützte Handlungen Teil von (Ent-)Demokratisierungsprozessen sind.

Geht man weg von der Perspektive auf Potentiale und hin zur Sicht auf die Konventionalität des Internet, so erscheint *zweitens* auch die isolierte Betrachtung von Internetanwendung in einem kompetitiven Vergleich erweiterungsbedürftig. Das heißt nicht, dass man aufhören soll, Internet und andere Medien zu vergleichen. Vielmehr gilt es, die wechselseitige Verflechtung und Durchdringung der Medien – gerade mit Mitteln des Vergleiches – aufzuklären. Denn Webseitenbetreiber und Printmedienhäuser haben bei ihrem Tun nicht das primäre Ziel, sich gegenseitig zu ersetzen. De facto ist vielmehr die Stabilisierung des Nebeneinanders und eine wechselseitige Vermengung der Medientypen zu beobachten: Die Onlineausgabe des Spiegel gehört ebenso zur medialen Normalität wie die von Telepolis herausgegebenen Bücher. Zivilgesellschaftliche Assoziationen integrieren ihren Webauftritt in eine Arbeitsteilung unterschiedlicher Medien, in der die klassische Verbandszeitschrift nach wie vor ihren Platz hat. Weil das Internet aber kein Substitut, sondern Komplement ist, wird auch die Frage gegenstandslos, welches Medium den 'Königsweg' darstellt. Der Sinn zukünftiger empirischer Vergleiche muss also darin liegen, die vielfältigen Konstellationen medialer Arbeitsteilung offen zu legen.

Theoretisiert man allerdings das Internet nicht mehr entweder als Königsweg oder als Dienstbotenaufgang, wird *drittens* auch das in der bisherigen Debatte vorherrschende monokausale Verhältnismodell von Internet und Demokratie fragwürdig. Zum einen ist das Internet offensichtlich überwiegend kein unabhängiger Raum bzw. separierte Handlungssphäre, der als Prototyp für ein umfassendes Demokratiemodell zu sehen ist. Bisher wurden Großentwürfe einer cyber reality oder virtual reality, die gleichsam als technische Konsequenz zu „e-democracy“ oder „cyber democracy“ führen sollten, immer schnell auf ein Nischendasein in Form von punktuellen Modellversuchen gesund geschrumpft. Zum anderen ist das Internet keine determinierende Technik, die quasi eine stille (anti-)demokratische Revolution hinter unserem Rücken vollzieht. Das Internet – so wie jede andere Medientechnik zuvor – ist vielmehr ein formbares Instrument, die in den Händen unterschiedlicher Akteure zu sehr unterschiedlichen Konsequenzen für die Demokratie führt. Rechtsradikale nutzen es, um – unter Umgehung nationalstaatlicher Gesetzgebung – den Holocaust zu leugnen. Umweltverbände verwenden es hingegen, um die Verbraucher darüber aufzuklären, bei welchen Lebensmitteln eine Kennzeichnung darüber fehlt, dass sie mit Hilfe von Gentechnik hergestellt wurden, obwohl genau dies vom Gesetzgeber laufend in Zeitungen, Fernsehen und Radio versprochen wurde.

Statt also dem Einfachschemata „Internet bewirkt mehr oder weniger Demokratie“ braucht es einer komplexeren Vorstellung. Eine der vielen denkbaren Möglichkeiten wäre, das Internet nicht nur als unabhängige Variable für Demokratie zu begreifen, sondern in der Tradition der Techniksoziologie auch als abhängige. Das dynamische und wechselseitige Verhältnis von

Mensch und Maschine würde dann in sehr viele verschiedene Richtungen³ zeigen, die dann in Hinsicht auf ihre Demokratieförderlichkeit diskutiert werden könnten. Um beim Beispiel unserer empirischen Studie zu bleiben, möchte ich allerdings im Folgenden die Perspektive auf Theorien demokratischer Öffentlichkeit lenken.

5 Zurück zur Theorie demokratischer Öffentlichkeit

Mein Hauptanliegen ist es also dazu aufzurufen, wieder zurück zu Theorien demokratischer Öffentlichkeit zu gehen, um damit die Schwächen der bisherigen „Entweder-Oder“-Debatte zu überwinden. Dabei weise ich insbesondere auf das klassische, traditionelle Verständnis demokratischer Öffentlichkeit hin, das heute vor allem im Rahmen deliberativer Demokratie erörtert wird. Denn ich denke, dass dieses geistesgeschichtlich tief verwurzelte Verständnis am ehesten in der Lage ist, die ad hoc entstandenen Erklärungsmuster über den Zusammenhang von Internet und Demokratie fruchtbar zu ergänzen. Ausgehend von den Idealen der athenischen Demokratie ist dieses klassische Verständnis über Hannah Arendt (1960) oder den amerikanischen Pragmatismus, z.B. bei John Dewey (1927) oder Charles Horton Cooley (1909), bis heute lebendig geblieben (z.B. Horster 2007; Ferree et al. 2002), was vor allem auf die Rezeption von Jürgen Habermas und dabei insbesondere von „Strukturwandel der Öffentlichkeit“ (1990) und „Faktizität und Geltung“ (1992) zurückgeht. Gleichwohl liegt bis heute keine allgemeine Theorie der Öffentlichkeit in dieser Tradition vor, die die empirische Forschung umfassend anleiten könnte. Einen solchen Versuch hat Bernhard Peters bis zu seinem Tode verfolgt und seine posthum veröffentlichten Grundrisse (Weßler 2007) über den Sinn von Öffentlichkeit stellen den bisher am weitesten fortgeschrittenen Ansatz dar, auch wenn Habermas (2008) neuerdings in einer ähnlichen Richtung an einer empirischen Forschungsagenda arbeitet.

Über seine verschiedenen Spielarten hinweg, sehen die Grundzüge dieser Denkfolie Demokratie als Volkssouveränität als die Selbstbestimmung der Menschheit durch öffentliches miteinander Sprechen und Handeln (siehe z.B. Habermas 1961: 15). Öffentlichkeit ist in diesem Denken das zentrale Mittel, um aus der Vielzahl widerstreitender individueller Willensbekundungen – der *volonté de tous* – den Allgemeinwillen – die *volonté générale* – herzustellen. Öffentlichkeit meint dabei vor allem das freizügige miteinander Sprechen und Handeln in einem zu allen Seiten hin offenen Raum. In der klassischen Vorstellung bedeutet Öffentlichkeit also vor allem die durch Diskurs hergestellte öffentliche Meinung. Bis zur Moderne wurde dieser Prozess durch ein gemeinschaftliches miteinander Sprechen von Angesicht zu Angesicht gedacht, in dem sich der Volkswille quasi mechanisch, um mit Durkheim zu sprechen, herstellte. Allen modernen Theoretikern ist nun gemein, dass sie der Realität massenhafter, funktional differenzierter und multikulturell pluralisierter Gesellschaft Rechnung tragen müssen. Deshalb entsteht ein hohes Interesse für die Ausgestaltung der Massenmedien, zivilgesellschaftlicher Partizipationsmöglichkeiten und der Responsivität, Transparenz und Rechenschaftlichkeit des bürokratisierten politischen Systems. In letzterer Hinsicht verweist Habermas Theorie auf eine duale Öffentlichkeit, die aus unvermachteten und vermachteten Sphären be-

³ So konstatiert Schönberger (2000) mit Bourdieu, dass im Internet sozialstrukturelle Ungleichheiten in Form von kulturellem Kapital zum Ausdruck kommen und Carstensen (2006) versteht das Internet mit Foucault als sozial konstruierten Diskurs.

steht. In Frasers (1990) Worten steht dabei auf der einen Seite die starke Öffentlichkeit von Massenmedien, die vorrangig Imperativen aus Politik und Wirtschaft unterworfen ist. Auf der anderen Seite befindet sich ein plurales Geflecht subalternen Gegenöffentlichkeiten. Diese schwache Öffentlichkeit ist in sozialen Bewegungen – später heißt es Zivilgesellschaft (Cohen/ Arato 1992; Habermas 1992) – zentriert und basiert auf freizügiger Kommunikation. In einer ähnlichen Stoßrichtung zeichnet Bernhard Peters (1993) ein noch komplexer gedachtes Geflecht zwischen Zentrum und Peripherie nach, das als System von Schleusen vorgestellt wird.

6 Öffentlichkeit als Theater – eine theoretische Perspektive

An dieser Stelle möchte ich allerdings keine vollständige Rekonstruktion dieser komplexen Theorien vornehmen. Sie wäre auch nicht nötig, da es mir hier nur darum geht, die Fruchtbarkeit eines Perspektivenwechsels von der „Entweder-Oder“-Debatte zu einer Diskussion über Internet und demokratische Öffentlichkeit anzudeuten. Dies möchte ich demonstrieren, indem ich zunächst vorschlage, politische Öffentlichkeit als Theater zu denken. Anschließend werde ich unsere empirischen Ergebnisse zum Internet in diese Denkfolie einordnen.

Der Theaterraum, der in der Antike mit Marktplatz und Forum zu den wichtigsten Versammlungsorten zählte, wurde schon häufig als Metapher für die politische Öffentlichkeit verwendet. Das liegt wohl einerseits daran, dass die grundlegende Architektur des Theaters überschaubar und bekannt ist, während die komplexen Strukturen heutiger Öffentlichkeiten kaum noch überblickt werden können. Andererseits erfüllt das Theater einen doch ähnlich gelagerten Zweck wie die politische Öffentlichkeit. Es geht um Mitteilung an viele, potentiell alle. So charakterisiert Nancy Fraser ihre Vorstellung von Öffentlichkeit als sprechendes Theater: „It [die Öffentlichkeit] designates a theatre in modern societies in which political participation is enacted through the medium of talk“ (1990: 57). Auch Habermas nutzte einmal in einem mütterlichen Gespräch mit us-amerikanischen Studierenden, das für eine Fernseh-Dokumentation (Boehm 1995) inszeniert wurde, die Theatermetapher (auch 2008: 160), um die Komplexität seiner Öffentlichkeitstheorie verständlicher darzustellen:

Student: „Durch welche Verfahren könnte unsere politische Öffentlichkeit noch wirkungsvoller demokratisiert werden?“

Off-Sprecher: „Dazu macht Jürgen Habermas einen Vorschlag, den er am Modell des Theaters entwickelt mit Akteuren auf einer Bühne und mit Zuschauern.“

Habermas: „Wenn die Akteure – wir erweitern das Modell etwas – aus allen möglichen Ecken kommen, so dass auch marginalisierte Gruppen eine Stimme haben können – wie ein Schauspieler auf der Bühne – dann ist nicht der Konsens das Problem, sondern das Problem ist lediglich das Niveau des Stücks oder der Kommunikation in diesem Fall. Die Frage ist also, ob wir die richtigen Probleme zum Thema machen, ob wir die richtigen Beiträge zu den Problemen haben und ob wir diese auf ein Niveau heben können, wo wir die Informationen überprüfen und die Gründe bewerten können...“

(Abschrift des Verfassers)

Die entscheidende Variable in Habermas Denken über eine öffentlich hergestellte Demokratie ist also das Niveau des Theaterstücks, d.h. die Qualität der politischen Kommunikation. Wel-

che Rolle spielt nun das Internet in diesem allgemeinen politischen Medientheater und für die demokratische Qualität des Theaterstücks? Habermas (2006; siehe auch 2008: 161ff) hat hierzu jüngst in seiner Rede zur Verleihung des Bruno-Kreisky-Preises eine Einschätzung vorgenommen:

„Die Nutzung des Internet hat die Kommunikationszusammenhänge zugleich erweitert und fragmentiert. Deshalb übt das Internet zwar eine subversive Wirkung auf autoritäre Öffentlichkeitsregime aus. Aber die horizontale und entformalisierte Vernetzung der Kommunikationen schwächt zugleich die Errungenschaften traditioneller Öffentlichkeiten. Diese bündeln nämlich innerhalb politischer Gemeinschaften die Aufmerksamkeit eines anonymen und zerstreuten Publikums für ausgewählte Mitteilungen, sodass sich die Bürger zur gleichen Zeit mit denselben kritisch gefilterten Themen und Beiträgen befassen können. Der begrüßenswerte Zuwachs an Egalitarismus, den uns das Internet beschert, wird mit der Dezentrierung der Zugänge zu unredigierten Beiträgen bezahlt.“

Das Internet hat also ein Doppelgesicht. Es taugt gut zur Subversion, erweitert das Blickfeld, erlaubt Dezentralität und egalisiert die Möglichkeit, Nachrichten an alle zu versenden. Gleichzeitig beschert es keine Vorteile bei der notwendigen Bildung eines Fokus der zeitgleich alle Bürger mit demselben Thema beschäftigt. Es drohen Fragmentierung und qualitätslose Beiträge. Anstatt also im Diskurs darüber zu verharren, ob das Internet nun *entweder* Demokratie befördert *oder* behindert, besteht die einheitliche theoretische Denkfolie, die ich in Anlehnung an Habermas vorschlagen möchte darin, dem Internet innerhalb des *einen* politischen Medientheaters unterschiedliche Auswirkungen für die Demokratie zugleich zuzuschreiben, die immer im Zusammenhang mit anderen, älteren Medien – den Errungenschaften traditioneller Öffentlichkeiten – gesehen werden müssen.

Mit Hilfe dieses Theoriehintergrundes lassen sich nun unsere empirischen Befunde re-interpretieren. Die untersuchten Zeitungsartikel geben einen kleinen Ausschnitt aus der allgemeinen politischen Öffentlichkeit wieder, den man am besten mit dem Handeln der Hauptdarsteller auf der Vorderbühne⁴ eines Theaters vergleichen kann. Wie das Schauspiel der Stars richten sich die Zeitungsartikel an ein breites Publikum und stellen einen Fokus auf die zentralen politischen Entscheidungen her. Dabei stellt sich der Plot des Theaterstücks als lineare Aneinanderreihung von Ereignissen dar, die mitreißend und spannend inszeniert werden. Analog dazu folgen die Zeitungsartikel einer medialen Agenda, die aus einigen wenigen Medienergebnissen, Themen, Konflikten und Akteuren bestehen. Wie in einem Theater ist dabei das Handeln der Hauptdarsteller vermachet, d.h. starken Beschränkungen unterworfen. Zur Sprache kommen in Zeitungsartikeln nur professionelle politische Akteure – sei es Greenpeace oder Ministerin Renate Künast – genauso wie im Theater nur ausgebildete Schauspieler vor einer weitgehend passiven Zuschauergruppe auftreten. Das Handeln der politischen Akteure in Zeitungsartikeln ist stark überformt und stilisiert wie das von Schauspielern. Greenpeace setzt z.B. seine Protestereignisse sehr geschickt in Szene. Demgegenüber treten politische Institutionen als Gesetzgeber auf; Gerichte urteilen, Unternehmen bringen neue Produkte auf den

⁴ Die Idee zwischen Vorder- und Hinterbühne habe ich Goffmans (2003) Analyse der Selbstdarstellung im Alltag entlehnt. Allerdings verfolge ich hier einen völlig anderen theoretischen Zweck.

Markt usw. Auch der politische Konflikt, der in den Zeitungsartikel vom Sommer 2004 ausgefochten wurde, folgte dieser Logik einer Inszenierung auf der Vorderbühne.

Blickt man nun auf die Texte, die man in Google zur selben Zeit findet, dann stellt sich das dar, was Habermas als entformalisiert und horizontal beschreibt. Am besten lässt sich dies ins Bild des politischen Theaters einpassen, wenn man die Internet-Texte in Google als Ausschnitte des Treibens auf der Hinterbühne versteht. Abseits des hochgradig überformten Spektakels auf der Vorderbühne wird hier am Hintergrundwissen über Genfood gearbeitet. Das Thema steht eher „an und für sich“ zur Debatte, ganz unabhängig davon, ob es gerade vorne in der allgemeinen Agenda verhandelt wird. Die Akteure, die man im Internet findet, kann man analog zum Theater als semi-professionell verstehen. Es handelt sich um die Ersatz-Schauspieler oder um solche, die gerade Pause haben, des Weiteren um Drehbuchautoren und Amateure, die es in ihrem Hobby zu einiger Meisterschaft gebracht haben. Daneben existiert eine Technostruktur von zuarbeitenden Bühnenbildnern, Handwerkern usw. All diese Akteure begleiten das Treiben auf der Vorderbühne und machen es überhaupt erst möglich. Das Internet ist bekannter Maßen *die* Quelle für Journalisten, um Kontakte zu knüpfen, Dossiers und Pressemitteilungen zu erhalten.

Die Akteure der Hinterbühne stehen in kleinen Gruppen herum und sprechen dabei eine Sprache, die nicht unbedingt dem allgemeinen Publikum da draußen verständlich würde. Dementsprechend tummeln sich im Internet zum Thema Genfood sehr viele, sehr unterschiedliche Akteure, die z.T. sehr spezielle Diskurse führen. Während in den Zeitungen vor allem Greenpeace für die Seite der kritischen Zivilgesellschaft zum Thema Greenpeace zu Wort kommt, tauschen hier auch andere, weniger stark professionalisierte Umweltverbände Hintergrundinformationen über Genfood aus. Daneben existieren aber auch eher technische Abhandlungen aus der Forschung, die unvermittelt neben online gestellten Gesetzestexten stehen. Bei der Kommunikation auf der Hinterbühne ist weniger als in den Zeitungen von Bedeutung, dass man tagesaktuell, ereignisorientiert und medienwirksam agiert. Insgesamt stellt sich so das Bild vieler dezentrierter, häufig stark fragmentierter Diskurse dar. Googelt man nach Genfood ist es so, als beträte man die Hinterbühne eines Theaters. Hier und da stehen Grüppchen und diskutieren – deutlich zwangloser als die Schauspieler auf der Vorderbühne – über das nächste Theaterstück – häufig intensiv und auf hohem Niveau. Aber es ist schwer, den Diskussionen auf Anhieb zu folgen und die Gruppen orientieren sich nicht so sehr ans allgemeine Publikum, sondern tendieren dazu, für sich zu bleiben. Gelegentlich wird höchstens eine interessante Idee lanciert, die quasi wie eine Flaschenpost auf einen Empfänger wartet, um in irgendeinem der nächsten Aufführungen vielleicht auch vorne berücksichtigt zu werden.

Mit dem Bild der Hinterbühne lässt sich auch einbeziehen, dass die Inhalte der Internet-Texte keine subalterne Gegenöffentlichkeit darstellten. Sie spiegelten im Wesentlichen das wieder, was auch in den Zeitungsartikeln verhandelt wurde. Auf der Hinterbühne wird im Wesentlichen über das gesprochen, was vorne abläuft. Die Akteure nutzten ihre Webseiten, um das was die Zeitungen als allgemeine öffentliche Agenda reflektierten, nach- und vorzubereiten. Wie die Akteure auf der Hinterbühne eines Theaters letztlich doch auf die Inszenierung auf der Vorderbühne orientiert bleiben, so spiegeln die Inhalte der Internet-Texte wieder, was irgendwann einmal die allgemeine Öffentlichkeit beeinflussen soll.

Das Bild von Hinter- und Vorderbühne macht dabei auch das organische Verhältnis beider Medien transparent. Die Zeitungen und andere „konventionelle Medien“ sind nämlich längst

auch im Internet vertreten, genauso wie selbst die Stars auf der Hinterbühne mit den Kompar- sen Kaffee trinken mögen. Das Internet stellt dabei kein abgesondertes unbedeutendes Paral- leluniversum dar; vielmehr soufflieren Internet-Texte vermehrt aus dem Hintergrund den her- kömmlichen Medienakteuren auf der Vorderbühne den Text. Aus Sicht der Zuschauer gilt es das Geschehen vorne wie hinten im Auge zu behalten. Wer nur an traditionellen Medien klebt, also nur auf das inszenierte Spektakel auf der Vorderbühne schaut, übersieht dass im Hintergrund längst neue Themen und Dramaturgien in Erprobung sind. Wer sich nur auf der Hinterbühne tummelt, droht den Kontakt zu den Tatsachen zu verlieren, die auf der Vorder- bühne geschaffen werden. Denn letztlich zahlen die Zuschauer Eintritt für das, was vorne ge- boten wird. Letztlich orientiert sich die Setzung kollektiv verbindlicher Entscheidungen in der Politik an der allgemeinen Öffentlichkeit, also in der Regel an der massenmedialen Vorder- bühne.

Was heißt das nun für den Zusammenhang von Internet und Demokratie? Das Internet hat offensichtlich Licht ins Dunkel der Hinterbühnen gebracht, ohne dass sich die zentralen Prob- leme der Vorderbühnen – wie sie in der Habermaschen Öffentlichkeitstheorie immer als Vermachtung kritisiert wurden – ernsthaft zu berühren. Für die Zuschauer ist es nun leichter, das Schauspiel vorne neu zu deuten und zu hinterfragen, indem sie sich aus ihrer passiven Rolle des Zuschauers – Zeitungslesers, Fernsehzuschauers, Radiohörers – befreien, aufstehen und auf der Hinterbühne nachfragen – also in der Regel googeln – ob dem denn tatsächlich so sei, ob es nicht das nächste mal anders werden könnte usw.

Mit Bezug auf die eingangs erwähnten drei Theoreme heißt dies, dass alle drei zugleich rich- tig sein könnten, wenn man sie bloß differenziert zuordnet. Das Internet hilft bestimmten Teil- len der Hinterbühne der Öffentlichkeit bei ihren Bestrebungen nach Demokratisierung, nicht mehr und nicht weniger. Für die von Habermas angesprochene Notwendigkeit, einen Fokus – also eine Agenda für das gesamte Gemeinwesen – zu schaffen, hat es keinen Vorteil gegen- über den Zeitungen gebracht.

Allerdings bleibt vieles auch beim Alten, womit auch die Reproduktionsthese ihre Berechti- gung hat. Denn die Funktion der herkömmlichen Medien, einen zentralen Fokus zu schaffen, eine allgemeine Agenda abzuhandeln, so wie es die Schauspieler auf der Vorderbühne tun, wurde auch durch das Internet nicht überflüssig. Die Bedeutung von Spiegel Online als ein potentiell neues Leitmedium zeigt vielmehr, dass das neue Medium Internet konventionell wird, indem es diese Vorderbühnenfunktion übernimmt. Am grundlegenden Problem der vermachteten Öffentlichkeit hat das Internet nichts geändert; momentan scheinen sogar eher die Tendenzen zu überwiegen, dass es ein Teil des Problems wird.

Damit wird auch klar, dass das Theorem einer Entdemokratisierung virulent bleibt. Denn so sehr mit dem Internet der Betätigungsraum für partielle Öffentlichkeiten vergrößert und er- leichtert wurde, so sehr bleibt dies alles doch auf die Hinterbühne beschränkt, ohne dass die Vorderbühne dadurch unter Druck geriete. Die Gefahr besteht, dass das Internet mehr und mehr zu einer abgehängten Spielwiese wird, dessen diskursive Breite und Egalität durch we- niger Einfluss auf die Politik auf der Vorderbühne erkaufte wird. Zudem droht diese Hinter- bühne auch mehr und mehr von Feinden der Demokratie, z.B. Rechtsradikalen, bevölkert zu werden. Dem einfachen Zuschauer werden dabei immer mehr Kommunikationsleistungen aufgebürdet. Nicht nur das Spektakel auf der Vorderbühne, sondern auch noch das Gewirr der Spezialdiskurse im Internet muss entschlüsselt und zueinander in Bezug gesetzt werden, um

auf dem Laufenden zu bleiben. Deshalb wird das Problem mit dem digital divide nicht sozio-ökonomisch aus der Welt gehen, wenn endlich alle einen Breitband-Internet-Anschluss haben. Denn das eigentliche Problem – um auf die Frage nach der gegenwartsbezogenen Mikroperspektive zurückzukommen – ist das politische Handeln des Zuschauers im politischen Theater, also die Frage danach, wie aus passiven Medienkonsumenten Bürger werden, die über mediale Inhalte auch rasonieren und auf Grundlage dessen schließlich partizipieren.

Literatur

Arendt, Hannah (1960): *Vita activa oder vom tätigen Leben*. München: Piper.

Boehm, Ulrich (1995): *Philosophie Heute: Jürgen Habermas – Einladung zum Diskurs*. Jürgen Habermas in Stanford. Fernsehdokumentation von ARD/WDR. Erstaussstrahlung 10.12.1995.

Carstensen, Tanja (2006): „Das Internet“ als Effekt diskursiver Bedeutungskämpfe. In: *kommunikation@gesellschaft*, Jg. 7, Beitrag 5. Online-Publikation: http://www.soz.uni-frankfurt.de/K.G/B5_2006_Carstensen.pdf

Cohen, Jean L., Andrew Arato (1992): *Civil Society and Political Theory*. Cambridge/London: MIT Press.

Cooley, Charles Horton (1909): *Social Organization: A Study of the Larger Mind*. New York: Charles Scribner's Sons.

Dewey, John (1927): *The public and its problems*. New York: H.Holt.

Eimeren, Birgit van, Beate Frees (2005): ARD/ZDF-Online-Studie 2005. Nach dem Boom: Größter Zuwachs in internetfernen Gruppen. In: *Media Perspektiven*, Heft 8, S. 362-379.

Fraser, Nancy (1990): Rethinking the Public Sphere. In: *Social Text*, Jg. 25/26, S. 56-80.

Goffman, Erving (2003): *Wir alle spielen Theater. Die Selbstdarstellung im Alltag*. München: Piper.

Habermas, Jürgen, Ludwig von Friedeburg, Christoph Oehler, Friedrich Weltz (1961): *Student und Politik*. Neuwied: Hermann Luchterhand Verlag.

Habermas, Jürgen (1990): *Strukturwandel der Öffentlichkeit*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Habermas, Jürgen (1992): *Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaates*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Habermas, Jürgen (2006): Preisrede von Jürgen Habermas anlässlich der Verleihung des Bruno-Kreisky-Preises für das politische Buch 2005. Online: <http://www.renner-institut.at/download/texte/habermas2006-03-09.pdf>, 3. April 2008.

Habermas, Jürgen (2008): *Ach, Europa. Kleine Politische Schriften XI*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Horster, Detlef (Hg.) (2007): *Verschwindet die politische Öffentlichkeit?* Göttingen: Hubert & Co.

Ferree, Myra Marx, William Anthony Gamson, Jürgen Gerhards, Dieter Rucht (2002): *Shaping Abortion Discourse. Democracy and the Public Sphere in Germany and the United States*. Cambridge: Cambridge University Press.

- Koopmans, Ruud, Paul Statham* (1999): Political Claims Analysis: Integrating Protest Event and Political Discourse Approaches. In: *Mobilization*, Jg. 4, Heft 2, S. 203-222.
- Leggewie, Claus, Christoph Bieber* (2003): Demokratie 2.0. In: *Offe, Claus* (Hg.): *Demokratisierung der Demokratie. Diagnosen und Reformvorschläge*. Frankfurt/New York: Campus 2003, S.124-151.
- Peters, Bernhard* (1993): *Die Integration moderner Gesellschaften*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Rucht, Dieter, Mundo Yang, Ann Zimmermann* (2008): Politische Diskurse im Internet und in Zeitungen. Das Beispiel Genfood. Wiesbaden: VS-Verlag.
- Schönberger, Klaus* (2000): Der Mensch als Maschine. Flexibilisierung der Subjekte und Hartnäckigkeit des Technikdeterminismus. In: *Das Argument Zeitschrift für Philosophie und Sozialwissenschaften*, Jg. 42, Heft 5/6, S. 812-823.
- Weßler, Hartmut* (Hg.) (2007): *Bernhard Peters. Der Sinn von Öffentlichkeit*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Yang, Mundo* (2007): Kommen soziale Bewegungen zu Wort? In: *Genethischer Informationsdienst*, Nr. 181, S. 30-32.
- Zimmermann, Ann* (2007): Online-Öffentlichkeiten als Gegenstand empirischer Forschung. In: *Berliner Journal für Soziologie*, Jg. 2, S. 167-187.

Kontakt zum Autor

Dipl. Pol. Mundo Yang
Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung
Reichpietschufer 50
10785 Berlin
mundo@wzb.eu

Bitte diesen Artikel wie folgt zitieren:

Yang, Mundo (2008): Jenseits des „Entweder-Oder“: Internet als konventioneller Teil der Demokratie. In: *kommunikation@gesellschaft*, Jg. 9, Beitrag 3. Online-Publikation: http://www.soz.uni-frankfurt.de/K.G/B3_2008_Yang.pdf